

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ralf Stadler

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Michael Busch

Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Sachverständigenanhörung "Auswirkungen der Revision des EU-Emissionshandelssystems und des EU-CO₂-Grenzausgleichs auf die bayerische Wirtschaft" (Drs. 18/16674)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ralf Stadler.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter Stadler, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die EU erwägt im Rahmen des Green Deal die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus für Importe, damit sie ihre klimaschutzpolitischen Ziele erreichen kann, ohne dass energieintensive Industrien ihre Emissionen ins Ausland verlagern. Der Klimazoll wird das vermeintliche Ziel, die Abwanderung der deutschen Industrie aufzuhalten, nicht erreichen.

Sie haben anscheinend immer noch nicht kapiert, dass die Bürger diese Politik nicht wollen und wegen der Corona-Politik sogar eine Ablösung fordern. Die sogenannte Klimapolitik dient ausschließlich der schleichenden Enteignung der Bürger und der Umverteilung von unten nach oben. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden gigantische Subventionspakete für Konzerne aus dem Boden gestampft. Die Mittelschicht darf diesen Irrsinn bezahlen. Das ist auch der Grund dafür, warum sich alle globalen Konzerne für immer noch mehr sogenannten Klimaschutz aussprechen, während unsere Mittelstandverbände vergeblich vor weiteren Belastungen warnen.

Die EU hat nun ein weiteres Programm aufgelegt, um diese Zerstörung des Mittelstands zu beschleunigen. Mit dem Gesetzespaket "Fit for 55" will man die nun auf 55 % verschärften Reduktionsziele erreichen. Dafür sollen unter anderem der europäische Emissionshandel reformiert und ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus installiert werden. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die bayerische Wirtschaft sind indes völlig unklar.

Wie sich auch in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. Juli gezeigt hat: Es gibt keinerlei Berechnungen dazu, wie sich eine Ausweitung des EU ETS auf unsere Unternehmen auswirkt. Dem Landtag liegen praktisch keine Zahlen dazu vor, wie sich damit die Preise für Importe aus Drittstaaten entwickeln. Bis heute kann niemand sagen, welche Wechselwirkungen es zwischen einem reformierten EU ETS und der nationalen CO₂-Steuer geben wird. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft warnte bei der Vorstellung des "Fit for 55"-Pakets, dass bereits die jetzigen Verordnungen allein in der Autoindustrie 215.000 Arbeitsplätze vernichten werden.

Zusammengefasst lässt sich also feststellen: Auf die bayerische Wirtschaft und insbesondere auf den Mittelstand rollt mit den neuen EU-Verordnungen eine gigantische Kosten- und Bürokratiewelle zu. Bei Arbeitsplätzen und Wertschöpfung droht ein weiterer Kahlschlag.

Der Landtag muss sich deswegen dringend einen Überblick über die konkreten Auswirkungen verschaffen. Hier ist das Mittel der Wahl eine Sachverständigenanhörung zu diesem Thema.

Ihnen liegt heute unser Antrag zur Durchführung einer solchen Anhörung vor. Es ist bezeichnend, dass alle anderen Fraktionen diesen Antrag im Wirtschaftsausschuss abgelehnt haben. – Leute, ihr seid es doch den Unternehmern im Freistaat schuldig, dass ihr euch einen umfassenden Überblick darüber verschafft, wie sich die EU-Beschlüsse konkret auswirken werden!

Die AfD versteht, dass es dazu im Bayerischen Landtag unterschiedliche Meinungen gibt. Die bayerische Industrie und vor allem der Mittelstand müssen aber auf die Auswirkungen des Klimazolls und die Ausweitung des EU-CO₂-Zertifikathandels vorbereitet sein. Wir fordern deshalb eine Expertenanhörung, um die Meinung der Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsforscher dazu einzuholen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Benjamin Miskowitsch.

Ich nutze die Gelegenheit, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zu geben. Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN betreffend "Istanbul-Konvention konsequent umsetzen V: Gewaltschutzinfrastruktur in Bayern bedarfsgerecht und flächendeckend gewährleisten" auf Drucksache 18/15950 haben 57 Abgeordnete mit Ja gestimmt. Mit Nein haben 95 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag wurde – zur damaligen Zeit eben – gefordert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung eine Sachverständigenanhörung zu den Auswirkungen der Revision des EU-Emissionshandelssystems und des EU-CO₂-Grenzausgleichsmechanismus auf die bayerische Wirtschaft durchführt. Wir hatten seinerzeit tatsächlich bereits eine sogar sehr umfangreiche Anhörung zum Green Deal beantragt, die auch durchgeführt worden ist. Auch diese Themen waren ein wichtiger Bestandteil dieser Anhörung. Man kann das Protokoll dieser Anhörung bestimmt einsehen. Ich bin mir sicher, dass Sie daraus Ihre

eigenen Schlüsse ziehen können. Wir halten eine erneute Anhörung momentan nicht für nötig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist im Ausschuss behandelt worden. Er wurde von uns abgelehnt. Er wird heute auch wieder von uns abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Rainer Ludwig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion gibt sich heute wieder einmal alle Mühe, um den Parlamentsbetrieb zu verstopfen. Es ist unverständlich, sinnlos und überflüssig, auch diesen Antrag

(Zurufe)

nochmals hochzuziehen, der bereits in mehreren Ausschüssen behandelt und vor allen Dingen auch abgelehnt worden ist. Das Thema – Kollege Miskowitsch hat es bereits erwähnt – wurde im Zusammenhang mit der Anhörung zum Green Deal am 29.10.2020, also vor einem Jahr, behandelt. Dort wurden in der Tat wissenschaftliche Expertisen zum Emissionshandel, zu Carbon Leakage und dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus vermittelt. Daher sehen auch wir keinen Bedarf für eine zusätzliche Sachverständigenanhörung oder dafür, hier weiterzumachen. Des Weiteren möch-

te ich darauf hinweisen, dass das Thema des Emissionshandelssystems auch am 5. November im Bundesrat eine Rolle spielt. Dort wird man sich also eingehend mit der EU-Vorlage befassen.

Wir FREIEN WÄHLER – das darf ich vielleicht noch sagen – wollen grundsätzlich, dass der EU-Emissionshandel gestärkt wird, dass die Sektoren, die einem erheblichen Carbon-Leakage-Risiko ausgesetzt sind, wirksam geschützt werden, sowie dass die Verteilungseffekte und die sozialen Folgen dieses Übergangs gesteuert werden. – Ich betone nochmals: Eine zusätzliche Anhörung ist deshalb für uns nicht notwendig. Wir lehnen den Antrag zum wiederholten Male ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Michael Busch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Abgeordnete der AfD, ich habe meinen Vorrednern nichts hinzuzufügen, außer dass ich mich schon wundere. Man kann natürlich Anträge hochziehen. Aber diesen Antrag, der bereits mit dem 29. Oktober 2020 erledigt war, noch einmal in das Parlament zu bringen, das finde ich schon starken Tobak. Für mich ist das Zeitvergeudung. – Wir lehnen ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein Antrag auf eine Sachverständigenanhörung. Normalerweise ziehen wir doch nur inhaltliche Anträge hoch. Ich weiß gar nicht, was das soll. Aber die ganzen Dinge sind nachzulesen. Alle Fragen, die ihr stellt, sind nachzulesen. Seid ihr zu faul dazu? –

Dann nehmt doch mal die Papiere in die Hand. Ihr könnt es nachlesen, dass viele Dinge einfach noch im Werden sind und noch in der Pipeline stecken. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ja, Herr Stadler, dieses Mal war es nun zu spät. Sie können eine Zwischenbemerkung anmelden, solange der Redner das Wort hat. Das war jetzt ein paarmal ganz knapp. In diesem Fall war es eindeutig, nachdem ich das Wort schon entzogen hatte.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FDP-Fraktion, die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.